



Mitteilung für die Medien □ Mitteilung für die Medien □ Mitteilung für die Medien □ Mitteilung für die Medien



Der Präsident der Universität Bayreuth, Professor Dr. Rüdiger Bormann, diskutierte mit den protestierenden Studierenden den Forderungskatalog, den sie jetzt vorgelegt haben.

Präsident Bormann zu den Forderungen der protestierenden Studierenden

Direkter Dialog im besetzten Hörsaal 26

Bayreuth (UBT). Bei einer Plenums-sitzung im besetzten Hörsaal 26 hat der Präsident der Universität Bayreuth, Professor Dr. Rüdiger Bormann, zu den Forderungen der protestierenden Studierenden Stellung genommen.

Grundsätzlich begrüße er Initiativen von Studierenden, die auf Verbesserungen im Bildungssystem abzielten, erklärte Bormann zu Beginn seiner Ansprache. „Veränderungen geschehen aber prozesshaft. Auch die kontinuierliche Verbesserung der Bachelor- und Masterstudiengänge wird noch Jahre in Anspruch nehmen.“ Die Universitäten seien gut beraten, ihre Studierenden in diese Entwicklung zu involvieren und deren Expertise in die Verbesserung von Studium und Lehre zu integrieren.

Die Forderung der protestierenden Bayreuther Studierenden nach einer institutionalisierten Einbeziehung von Vertretern auf Ebene der Studiengänge unterstütze er, so Bormann weiter. „Eine Beteiligung an den Entscheidungsfindungen zu konzeptionellen Fragen von Studiengängen wird von uns geradezu gewünscht“, sagte der Präsident. „Studierende werden schon jetzt bei der Konzeption von Studien- und Prüfungsordnungen sowie in allen Entscheidungsgremien eingebunden. Wo dies noch nicht formal institutionalisiert ist, werden wir es tun.“ Bormann versprach, er werde das Votum der Studierenden weiterhin besonders berücksichtigen. Nicht nur bei der Verwendung der Studienbeiträge, sondern auch bei den Studien- und Prüfungsordnungen habe es nach seinen Informationen in der Vergan-

genheit keine Entscheidung gegen die Studierenden gegeben.

Die Quantität der Lehrinhalte und der Prüfungen in den Studiengängen zu prüfen, sei Aufgabe der Fachbereiche. Teilzeitstudien möglich zu machen und den Wahlanteil gegenüber dem Pflichtanteil der Lehrveranstaltungen zu erhöhen, habe die Hochschulleitung bereits in der Konzeption der neueren Studiengänge explizit berücksichtigt.

Als zu wenig konkret bezeichnete Bormann die Forderungen der protestierenden Studierenden nach einer Förderung didaktischer innovativer Lehr- und Prüfmethoden. Hier erwarte er spezifische Anregungen. Die Anerkennung von Studienleistungen aus dem In- und Ausland problemlos zu gewährleisten, auch dies ein Punkt auf dem Forderungskatalog der Studierenden, sei sicher wünschenswert. Allerdings mache die differenzierte Hochschullandschaft, die in der Vergangenheit ein politisches Ziel darstellte, die Anerkennung von Studienleistungen zumindest nicht einfacher. Die Universität Bayreuth verfolgt deshalb auch komplementäre Wege. „Wir bemühen uns zum Beispiel darum, mit Partner-Universitäten Lösungen zu etablieren, die eine gegenseitige Anerkennung der Studienleistungen möglich machen.“

Die Forderung, die Studienbeiträge an der Universität Bayreuth künftig auf 300 Euro abzusenken und den aus der Bildungsreform entstehenden Fehlbetrag vom Freistaat Bayern einzufordern, wird Bormann innerhalb des Zusammenschlusses der bayerischen Universitäten, Uni Bayern e.V.,

diskutieren. Ein solches Ansinnen könne nur Erfolg haben, wenn sich die Universitäten auf ein einheitliches Vorgehen einigten. Er stimme mit den Studierenden überein, dass eine Verschlechterung der Qualität der Lehre durch Absenkung der Studienbeiträge nicht akzeptiert werden könnte.

Neue fächerübergreifenden Leitlinien für eine allgemeine Revision der Studienordnung erteilte der Universitätspräsident als „wenig zielführend“ eine Absage. Ein generelles Verständnis z. B. in Bezug auf die genannten Forderungen würde bereits existieren. Er forderte stattdessen dazu auf, konkrete fächerspezifische Verbesserungen in den Studiengängen zu erarbeiten.

Bormann betonte, er sei auch an einer weiteren konstruktiven Austausch mit den protestierenden Studierenden interessiert. Wichtig sei allerdings, dass eine breitere Kommunikation und Abstimmung mit den anderen Studierenden stattfinde und dass die gewählten Studierendenvertreter in den Prozess stärker eingebunden werden, um die Interessen der Studierenden in den verschiedenen Gremien zu vertreten.

Kontakt:
Pressestelle der Universität Bayreuth
Frank Schmäzle
Telefon 0921/555323
E-Mail pressestelle@uni-bayreuth.de